



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Ganz Bayern auf dem Weg in Verkehrsverbände**

Ganz Bayern auf dem Weg in Verkehrsverbände

28. November 2021

- **47 Landkreise und kreisfreie Städte lassen Beitritt zu Verkehrsverbänden prüfen**
- **Freistaat fördert zehn Grundlagenstudien**
- **Drei Vorhaben bereits beschlossen**

Ganz Bayern könnte bald Teil leistungsfähiger Verkehrsverbände sein. Alle 47 bislang verbundfreien Landkreise und kreisfreien Städte haben sich nun für Studien entschlossen, die einen Beitritt zu einem bestehenden Verbund oder die Gründung eines neuen Verbunds prüfen. Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich über diesen wichtigen Zwischenerfolg: „Verkehrsverbände haben für die Fahrgäste viele Vorteile. Sie können im Verbundgebiet mit einem Ticket alle öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, außerdem gibt es ein optimal vernetztes Angebot und einheitliche Verkehrsinformationen. Das stärkt den öffentlichen Nahverkehr und macht die Nutzung nicht nur für Pendlerinnen und Pendler, sondern auch für Gelegenheitsfahrer einfacher. Deshalb unterstützen wir die Kommunen auf diesem Weg und hoffen, dass bald alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern Teil von leistungsfähigen Verkehrsverbänden sein werden.“

Bereits heute leben etwa acht der rund 13 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Freistaats in Verbänden, die mehrere Landkreise und kreisfreie Städte umfassen. In den übrigen Landesteilen gibt es entweder Kooperationen im ÖPNV, die allerdings oft den Bahnverkehr ausklammern, oder noch gar keine Verbände. Der Freistaat Bayern hat deshalb 2019 ein Förderprogramm gestartet, um die Kommunen bei Verbunderweiterungen und -neugründungen zu unterstützen. In einem ersten Schritt fördert der Freistaat Grundlagenstudien mit bis zu 90 Prozent der Kosten, die untersuchen sollen, ob der Beitritt der beteiligten Kommunen zu einem bestehenden Verbund oder die Gründung eines neuen Verbunds verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Folgende Verbundintegrationen sind bereits beschlossen:

- **Stadt Amberg und Landkreis Amberg-Sulzbach:** Der Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach (ZNAS) hat die vollständige Integration der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach in den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) untersucht. Seit 1. Januar 2021 sind beide Kommunen vollständig in den VGN integriert.
- **Landkreis Cham:** Der Landkreis Cham hat die Überlappung des Regensburger Verkehrsverbunds (RVV) in den südwestlichen Landkreis Cham untersucht. Seit 1. Januar 2021 gilt der RVV-Tarif auf sechs weiteren Buslinien im Landkreis Cham im ein- und ausbrechenden Verkehr.
- **Landkreis Erding:** Auf der Bahnstrecke München – Mühldorf wurde die Integration des besonders für Pendelnde wichtigen Abschnitts zwischen Markt Schwaben und Dorfen in den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) untersucht. Die Integration ist für Dezember 2024 mit dem Start des neuen Verkehrsdurchführungsvertrags vorgesehen. Ab diesem Zeitpunkt gilt der MVV-Tarif bis einschließlich Dorfen.

Folgende Verbundintegrationen werden derzeit untersucht:

- **Erweiterungsstudie MVV:** Die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landshut, Landsberg am Lech, Miesbach, Mühldorf, Weilheim Schongau und Rosenheim sowie die kreisfreien Städte Landshut und Rosenheim lassen einen möglichen Beitritt zum Münchner Verkehrs- und Tarifverbund untersuchen.
- **Erweiterungsstudie VGN:** Die Landkreise Coburg, Hof, Kronach, Kulmbach, Tirschenreuth und Wunsiedel i. Fichtelgebirge sowie die kreisfreien Städte Coburg und Hof lassen einen möglichen Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg untersuchen.
- **Mainfrankenstudie:** Die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie die kreisfreie Stadt Schweinfurt lassen eine mögliche Verbundintegration mit den Kommunen auf dem heutigen Gebiet des Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken (vvm) prüfen. Dafür haben die Kommunen die Nahverkehr Mainfranken GmbH (NVM) gegründet, die die Grundlagenstudie federführend betreut.
- **Gründungsstudie „Donauwald“:** Die Landkreise Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Rottal-Inn sowie die Stadt Passau lassen eine mögliche Verbundgründung untersuchen. Die Landkreise Dingolfing-Landau und Rottal-Inn haben sich der Initiative im Dezember 2020 angeschlossen.
- **Verbundintegrationsstudie „Mittelschwaben“:** Die Landkreise Günzburg und Unterallgäu sowie die kreisfreie Stadt Memmingen lassen die Weiterentwicklung des Verkehrsverbunds Mittelschwaben (VVM) und die Einbeziehung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) untersuchen.
- **Gründungsstudie „Südostoberbayern“:** Die Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein lassen die Gründung eines Verkehrsverbunds untersuchen. Später wird eine enge grenzüberschreitende Kooperation mit dem bestehenden Salzburger Verkehrsverbund (SVV) angestrebt.
- **Verbundintegrationsstudie „Allgäu“:** Die Landkreise Oberallgäu und Ostallgäu sowie die kreisfreien Städte Kaufbeuren und Kempten lassen eine Weiterentwicklung der Mobilitätsgesellschaft für den Nahverkehr im Allgäu (mona) und die Einbeziehung des SPNV untersuchen.
- **Erweiterungsstudie AVV:** Die Landkreise Dillingen a.d.Donau und Donau-Ries lassen einen möglichen Beitritt zum Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund untersuchen.
- **Erweiterungsstudie RVV:** Die Landkreise Cham, Kelheim, Neustadt a.d.Waldnaab, Schwandorf, Straubing-Bogen und die kreisfreien Städte Straubing und Weiden lassen einen möglichen Beitritt zum Regensburger Verkehrsverbund untersuchen. Da zur Aufnahme weiterer Kommunen eine organisatorische Weiterentwicklung des bestehenden Verbunds geprüft wird, nehmen auch Stadt und Landkreis Regensburg an der Studie teil.
- **Landkreis Altötting:** Der Landkreis Altötting beabsichtigt, die verkehrliche Sinnhaftigkeit einer Verbundintegration untersuchen zu lassen. Im Ergebnis soll eine Empfehlung ausgesprochen werden, in welche Richtung sich der Landkreis aus verkehrlicher Sicht orientieren sollte.

Sind die Ergebnisse der Studien positiv, können sich die Kommunen für den Beitritt entscheiden und weitere Förderungen des Freistaats für integrationsbedingte Einmal- und Dauerkosten erhalten. „Dass sich nun alle Landkreise und kreisfreien Städte solchen Beitritts- oder Gründungsstudien angeschlossen haben, ist ein großer Erfolg und ein wichtiger erster Schritt“, erklärt Verkehrsministerin Schreyer. „Mit Hilfe der Ergebnisse können die Kommunen eine fundierte Entscheidung über ihren Beitritt treffen und damit die Voraussetzung für viele Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr schaffen.“

Grafik: StMB

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

